

Von ratlosen Riesen in Deutschland und Blitzaufsteigern in Frankreich

- Paneldiskussionen auf dem Alumni-Tag der Trierer Politikwissenschaft -

Von Sebastian Stein

Panel 1

Der Einzug der Alternative für Deutschland in den Bundestag, das historisch schwächste Ergebnis der SPD sowie ein Rekord in der Länge der Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen sind einige der Besonderheiten, die mit dem Wahljahr 2017 zukünftig verbunden sein werden.

Unter der Moderation von Dr. Daniel Kirch (Saarbrücker Zeitung) diskutierten Dr. habil. Markus Linden (Universität Trier), Moritz Petry (Verbandsgemeindebürgermeister, CDU) und Sven Teuber (Landtagsabgeordneter, SPD) über die Zukunft der deutschen Parteien. Die Frage war auf dem Podium zunächst gleichbedeutend mit der Zukunft der SPD. Das Abarbeiten an der Partei zeige ihren Stellenwert, meint Sven Teuber. Der SPD fehle ein „storytelling“, das von der CDU gar nicht erst erwartet würde. Als Kern der Krise der Volksparteien erkennt Markus Linden jedoch vor allem den konsensuellen Regierungsstil der letzten Jahre. Die SPD habe durchaus praktische Politikerfolge vorzuweisen, die sich allerdings die CDU auf die Fahnen geschrieben habe. Für Moritz Petry hingegen liegt die Krise in fehlender Glaubwürdigkeit - man müsse klare Aussagen treffen und das Regierungsprogramm akzentuierter gestalten. In der CDU zeichne sich ein Übergang in der Führungsspitze ab. Dass die Krise an der CDU zumindest scheinbar leichter vorbeigeht als an der SPD liegt Markus Linden zufolge an der unterschiedlichen Führungszentrierung der Parteien. In der SPD würden Konflikte traditionell eine größere Rolle spielen. Nun könne die Partei aber zeigen, dass sie Mitgliederbeteiligung ernst nehme und mit dem Konflikt umgehen könne.

Die Bevölkerung sehne sich nach Neuem - dies zeige nicht nur der kurzzeitige Schulz-Hype, sondern auch das Abschneiden der AfD, ist sich Moritz Petry sicher. Ihm zufolge lässt sich in der Bevölkerung auch ein zunehmender Überdruß im Hinblick auf die Bundeskanzlerin Angela Merkel beobachten. Eine große Koalition befördere wieder eine moralische statt der gebotenen inhaltlichen Auseinandersetzung mit der AfD. Diese ist für Markus Linden keine rechtspopulistische, sondern eine rechtsradikale Partei. Wichtig sei es, die demokratischen Verfahren einzuhalten und dem politischen Gegner mit Argumenten zu begegnen. Genau deswegen dürfe die AfD auch nicht die einzige Oppositionspartei sein, die sich gegen die „Systemparteien“ stelle. Sven Teuber betont allerdings auch die Schwierigkeit des Umgangs mit ständigen Provokationen seitens der AfD im Landtag: „Sie drücken sehr schnell auf den richtigen Knopf bei den Demokraten - man darf nicht auf jedes Stöckchen reagieren“.

Die Schwierigkeit der Regierungsbildung begann 2017 bei den sogenannten „Jamaika-Gesprächen“. Laut Markus Linden war die FDP nicht gewillt, eine Koalition zu bilden, wobei sie die ganze Zeit gehofft hätte, dass die Gespräche an den Grünen scheitern würden. Strategische Erwägungen aufgrund einer dünnen Personaldecke und Uneinigkeiten in der Fraktion sind für ihn stärkere Gründe als der vorgeschobene Streit um den „Soli“. Ob es nun doch zu einer großen Koalition kommt, hängt wieder einmal an einem Mitgliederentscheid der SPD. Dabei wäre der Gang in die Opposition für Sven Teuber der einzig richtige Weg: Die SPD könnte die Wahniederlage aufarbeiten, denn die Partei sei trotz guter Inhalte aktuell in einer Krise. Die Möglichkeit einer Neuwahl sieht er hingegen problematisch: „Ich wüsste aktuell nicht, mit wem die SPD in eine Neuwahl statt Martin Schulz gehen könnte“. Eine Minderheitsregierung - die dritte Option - hält Moritz Petry

jedoch als „nicht gut für das Land“. In dieser Form gebe es nur situationsbedingtes Regieren, keine richtungsweisenden Entscheidungen und auf europäischer Ebene gar eine „lame duck“. „Alles außer der GroKo ist aktuell demokratieschädlich.“

Panel 2

Seit Mai 2017 ist Emmanuel Macron französischer Staatspräsident. Sein Aufstieg als Newcomer in der Politik zum höchsten Amt in Frankreich sorgt noch immer für Bewunderung. Die Meinungen über den 40-jährigen differieren jedoch zwischen Reformler und Alleinherrscher. Doch wie genau konnte es zur Wahl Macrons kommen? Wie ist seine bisherige politische Performance zu bewerten und welche Auswirkungen zeitigen sich auf das französische Parteiensystem?

Unter der Moderation von Sophie Hegemann (Universität Trier) diskutierten Prof. Dr. Dietmar Hüser (Universität des Saarlandes), Prof. em. Adolf Kimmel (Universität Trier) sowie Prof. Dr. Joachim Schild (Universität Trier) über die verschiedenen Facetten des „Phänomens Macron“.

Mit dem Erreichen der absoluten Mehrheit in der Nationalversammlung durch die in eine Partei überführte Bewegung „La République en Marche!“ attestiert Adolf Kimmel dem französischen Parteiensystem einen beispiellosen Wandel. Als Ursachen seien die enttäuschende Präsidentschaft François Hollandes sowie die aussichtslosen Kandidaten der beiden ehemals starken Parteien zu nennen. Im Unterschied zu Deutschland seien die Parteien in der Gesellschaft nur sehr schwach verankert, besäßen wenige Mitglieder, eine ausgeprägte organisatorische Schwäche und wären ideologisch zerrissen. Obwohl Macron wenige Monate vor der Wahl noch als Unbekannter galt, sieht Dietmar Hüser hingegen im Wahlsieg Macrons eine viel geringere Zäsur als bei François Mitterrand. Sein sozialer Hintergrund und Werdegang seien völlig auf der Linie bisheriger Staatspräsidenten. In Frankreich würde seit Langem ein Hoffnungsträger gesucht - Macron konnte diese Aufbruchsstimmung vermitteln. Inwiefern diese Hoffnung anhält, bleibe abzuwarten.

Hinsichtlich Macrons angekündigten Reformen erkennt Joachim Schild „kein revolutionäres Programm“, allerdings „Brüche mit der Vergangenheit“. Aufgrund der starken Legitimationsgrundlage sei es klug gewesen, die Arbeitsmarktreform an den Anfang seiner Präsidentschaft zu stellen. Macron handele vor allem im Gegensatz zu Nicolas Sarkozy mit erkennbaren Schritten und klarem Schwerpunkt. Auch Joachim Schild stellt die Dauerhaftigkeit der Unterstützung Macrons in Frage: „Nur die Mechanik des Wahlsystems hat ihm eine breite Mehrheit gesichert.“ Vor allem von den Gewerkschaften sei zukünftig noch stärkerer Gegenwind zu erwarten.

Als Besonderheit ist Macrons geplante Parlamentsreform zu nennen, die die Anzahl der Abgeordneten in Senat und Nationalversammlung reduzieren soll - dadurch käme es zu einer Verschiebung zwischen Parlament und Regierung. Adolf Kimmel stellt vor allem die Popularität dieser Idee in der Bevölkerung heraus, während Joachim Schild auf die Widerstände aus dem Senat hinweist.

Aufgrund Macrons bisherigem Führungsstil steht ebenfalls zur Debatte, wie sich die Rolle seiner Partei zukünftig gestaltet. Dietmar Hüser meint, dass „En Marche!“ ein „Präsidentenvehikel“ sei und innerparteiliche Demokratie keine besondere Rolle spiele. Macron würde jedoch die Würde des Amtes hervorheben, was bei der Bevölkerung gut ankomme. Die hervorgehobene Rolle der Funktionäre in der Satzung der Partei mit der Folge der Verdrängung innerparteilicher Demokratie hin zu Top-down Prozessen der innerparteilichen Willensbildung ist für Joachim Schild Anzeichen einer bedenklichen Entwicklung in Frankreich. Diesbezüglich weist Dietmar Hüser darauf hin, dass viele Parteien in der französischen Geschichte allerdings nur zur Wahl der Kandidaten entstanden seien.

Demgegenüber steht ein ungewöhnlicher Rekrutierungsprozess der Parlamentsmitglieder von „En Marche !“ durch Online-Bewerbungen. Dietmar Hüser spricht von einer gewissen Symbolik, quasi die Hälfte der Kandidaten aus der Zivilgesellschaft zu rekrutieren, während Adolf Kimmel einschränkend darauf hinweist, dass diese Personen teilweise schon eine gewisse Nähe zur Politik besessen hätten.

Auf europäischer Ebene habe sich Macron vor allem durch seine Risikobereitschaft, selbstbewusst auf Europa zu setzen, viel Respekt und Ansehen verschafft und auch die Legitimation erworben, die europapolitische Reformdebatte aktiv voranzutreiben. Macron nehme durch sein Setzen auf eine Vertiefung der Eurozone und auf Integrationsvertiefung in Teilgruppen von Mitgliedstaaten Trennlinien zwischen West- und Osteuropa in Kauf, wisse aber durch Reisen in mittel- und osteuropäische Länder die Herausbildung eines Blocks gegen seine Pläne zu verhindern, so Joachim Schild. Die Bundesrepublik sei im Gegensatz zu anderen Präsidenten - von denen er sich in der Europapolitik gar nicht so stark unterscheide - für Macron der zentrale strategische Partner, um französische Interessen in der EU zu verfolgen.